



Wanfried, 05.03.2019

**Aktenzeichen**  
047.46 / 00016066

Pressemitteilung

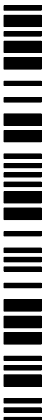
## **Geplante Waldstilllegung - Widerstand formiert sich**

In Wanfried, Ringgau und Weißenborn formiert sich heftiger Widerstand gegen die geplante Stilllegung von Staatswaldflächen. In einer Informationsveranstaltung im Forstamt Wehretal wurden die 3 Bürgermeister Wilhelm Gebhard, Klaus Fissmann, Thomas Mäurer und weitere Interessierte und Betroffene Mitte Februar erstmals offiziell von den Stilllegungsplänen des Landes informiert.

In einer sogenannten 3. Tranche sollen weitere 6.400 ha Staatswaldfläche, dann insgesamt 10% der hess. Staatswaldfläche, stillgelegt werden, wovon allein im Zuständigkeitsbereich des Forstamtes Wehretal ca. 1.100 ha betroffen sind. Diese wiederum erstrecken sich mit 880 ha auf die Gemarkung der Stadt Wanfried und mit ca. 230 ha auf den Bereich der Graburg zwischen Ringgau und Weißenborn. Die Stilllegungsfläche umfasst die Kernstadt Wanfried in drei Himmelsrichtungen.

Bereits im Herbst 2018 verdichteten sich Gerüchte um die Stilllegungspläne. Im November wandte sich die Stadt Wanfried daraufhin schriftlich an das hessische Umweltministerium, um eine Auskunft zu den Stilllegungsplänen zu erhalten. „Sehr zögerlich trudelte erst vier Wochen später und kurz vor Weihnachten das Antwortschreiben der hessischen Umweltministerin im Wanfrieder Rathaus ein, mit dem sie die geplante Flächenstilllegung bestätigte und die Folgen des Vorhabens für die betroffene Stadt herunterspielt“, wie Gebhard das Schreiben bewertet.

Besonders hart trifft es auch das ortsansässige Sägewerk Ruhlandt, dem vor der Haustür der zur Produktion benötigte Rohstoff entzogen wird. Das Sägewerk muss nun weitere Transportwege und damit verbundene höhere Kosten in Kauf nehmen. Unterstützung erfahren die Kommunen und das Sägewerk Ruhlandt auch von der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald. Lothar Quanz von der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald im Werra-Meißner-Kreis stellt ebenfalls die Sinnhaftigkeit weiterer Flächenstilllegungen infrage und





argumentiert, dass ein junger und bewirtschafteter Wald für die CO<sub>2</sub> Bilanz deutlich wertvoller ist, als ein unbewirtschafteter toter Wald. Hinzu kommt die irrwitzige Aussage des Vertreters von Hessen Forst, der bei der Vorstellung der Stilllegungspläne im Forstamt Wehretal auf Nachfrage bestätigt hat, dass die Nachfrage nach Holz aus deutschen Wäldern nicht ausreichend bedient werden kann und daher Holz in großen Mengen importiert werden muss. Die drei Bürgermeister fassen sich bei solchen Informationen an den Kopf. „Wir legen vor Ort unseren Wald still, lassen den wertvollen Baustoff und gutes Brennmaterial vergammeln, benachteiligen unsere Unternehmer, verstecken uns hinter dem Naturschutz und importieren per Schiff oder LKW das Holz aus anderen Ländern“. Weitere Fragen beschäftigen die betroffenen Kommunen. „Dürfen Selbstwerber noch Holz aufarbeiten, um die Bevölkerung mit Brennmaterial zu versorgen? Wer ist für die Verkehrssicherung bei den Wanderwegen zuständig, wer trägt dafür welche Kosten? Welche Wirtschaftswege bleiben in einem unbewirtschafteten Wald erhalten? Welche Auswirkungen haben die Pläne auf die Landwirtschaft hinsichtlich eines zu erwartenden Anstiegs von Wildschäden?

Bei allem Für und Wider kritisieren die drei Bürgermeister jedoch besonders scharf das Vorgehen der Verantwortlichen, insbesondere das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Betroffene Kommunen wie Wanfried, Weißenborn und Ringgau wurden Mitte Februar erstmals offiziell über die Pläne informiert. Mögliche Einwendungen sollten bereits bis Ende Februar an die Landesbetriebsplanung von HessenForst gerichtet werden. „So geht man nicht miteinander um“, bewerten Gebhard, Mäurer und Fissmann das Vorgehen. Besondere Verärgerung löst bei den Verwaltungschefs aus, dass mögliche Einwendungen eigentlich nur den Naturschutzverbänden vorbehalten sind, die von Anfang an in die Stilllegungspläne eingebunden waren und zum Teil auch die Vorschläge für die Flächen erarbeitet haben, auch das alles ohne Beteiligung der betroffenen Kommunen. „Die Kommunen wussten von alledem nichts“, so die Bürgermeister. Betroffene Betriebe wie das der Familie Ruhlandt wurden bei der Flächenauswahl erst gar nicht berücksichtigt, wie Hessen Forst bei der Informationsveranstaltung zugeben musste. „Hier wird von ortsfremden Menschen in Hinterzimmern und mit Naturschutzverbänden über ein riesiges Gebiet in unserer Heimat entschieden, ohne die Betroffenen mit einzubeziehen.





Transparenz und Beteiligung der Menschen vor Ort sähe anders aus, damit erzeuge man Misstrauen und gleichzeitig Widerstand“, so Gebhard, Mäurer und Fissmann. Die Bürgermeister kündigen an, dass man so nicht mit sich umgehen lasse. Rechtliche Schritte gegen die Flächenstilllegung werden geprüft. Zunächst wollen wir jedoch sichergestellt wissen, dass unsere eigene Bevölkerung über die Waldstilllegung vor der Haustür informiert wird. Die Gemeinde Weißenborn hat bereits eine schriftliche Eingabe beim hessischen Umweltministerium und bei Hessen Forst gemacht. Zudem wurden die Vorbehalte und die berechtigten Fragen der Kommunen bei der Veranstaltung im Forstamt Wehretal protokolliert. Darüber hinaus wird diese Thematik auch in den Gremien der betroffenen Kommunen beraten. Alle Beteiligten fordern das Ministerium und Hessen Forst auf, in einen transparenten Dialog über das Vorhaben einzutreten, und das, bevor endgültige Entscheidungen getroffen werden. „Der ländliche Raum wird mit solchen Planungen erneut benachteiligt“, so die feste Überzeugung der Bürgermeister. „Während der eigene Landesbetrieb für den mit der Stilllegung verbundene Erlösausfall aus Steuergeldern entschädigt werden soll, geht die betroffene Privatwirtschaft hinsichtlich der höheren Kosten leer aus“, ergänzt Ruhlandt.



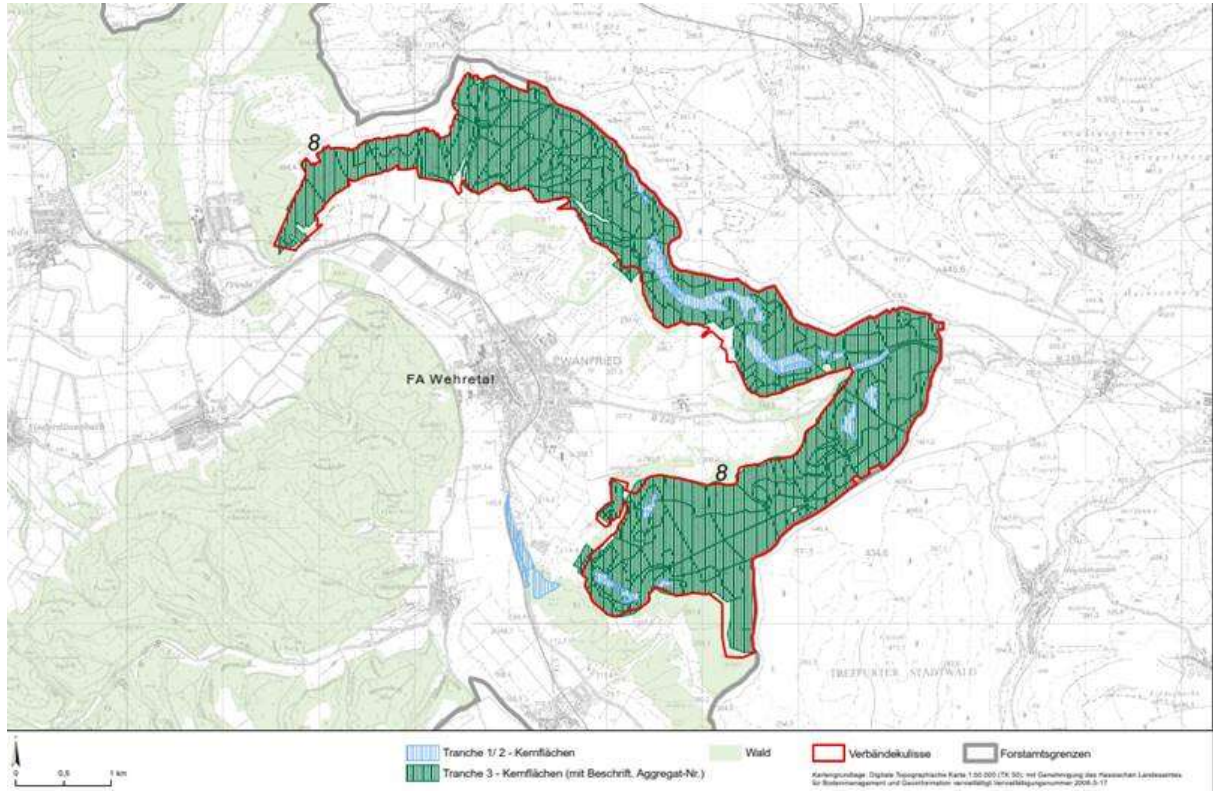


Bild 1 veranschaulicht die Dimension der geplanten Waldstilllegung rund um Wanfried!  
(Quelle: Hessen Forst)



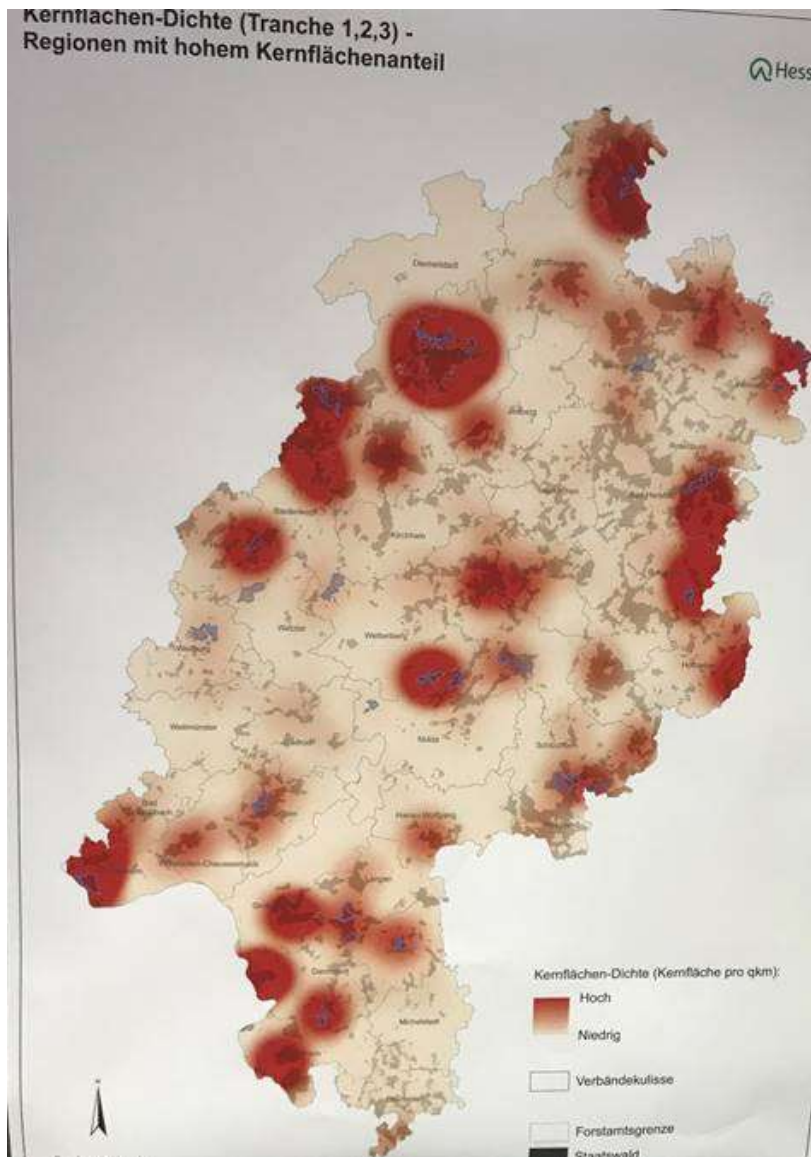


Bild 2 veranschaulicht die Kernflächen-Dichte der Stilllegung!

